

Verbraucherrecht: Neue Informationspflichten nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)

13.01.2017

Am 1. Februar 2017 treten neue Informationspflichten nach dem Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (VSBG) in Kraft. Das Gesetz regelt die außergerichtliche Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten, d. h. Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Verbrauchern aus einem zwischen diesen geschlossenen Vertrag (Verbrauchervertrag).

Dem Verbraucher soll hiermit die Möglichkeit verschafft werden, Rechtsstreitigkeiten zu geringen Kosten vor einer Verbraucherschlichtungsstelle beizulegen, ohne gleich die Gerichte anzurufen. Der Rechtsweg wird jedoch durch die Einleitung eines Streitschlichtungsverfahrens nicht ausgeschlossen.

Die Teilnahme am Streitschlichtungsverfahren ist für Unternehmer grundsätzlich freiwillig. Lediglich für bestimmte Branchen besteht eine Teilnahmeverpflichtung durch sondergesetzliche Regelungen, weiterhin sind Selbstverpflichtungen, z. B. im Rahmen von Verbandsatzungen möglich.

Unabhängig von der Teilnahme an der außergerichtlichen Streitschlichtung bestehen ab dem 1. Februar 2017 Informationspflichten gem. §§ 36, 37 VSBG.

Demnach hat ein Unternehmer, welche eine Website betreiben oder Allgemeine Geschäftsbedingungen verwenden, Verbraucher davon in Kenntnis zu setzen davon, inwieweit er (der Unternehmer) bereit ist oder verpflichtet ist, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen, und, sofern er teilnimmt, auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle unter Angabe deren Anschrift und Website hinzuweisen sowie eine Erklärung abzugeben, dass er an dem Streitbeilegungsverfahren vor dieser Schlichtungsstelle teilnimmt (§ 36 Abs. 1 VSBG). Diese Angaben müssen - jeweils sofern vorhanden – auf der Website und/oder in den AGB erfolgen.

Weiterhin muss der Unternehmer immer dann, wenn eine Rechtsstreitigkeit mit einem Verbraucher nicht beigelegt werden konnte, auf die zuständige Streitschlichtungsstelle hinweisen und erklären, ob er an der außergerichtlichen Streitbeilegung vor dieser Stelle teilnimmt. Der Hinweis muss in Textform erfolgen.

Ausgenommen von dieser Informationspflicht sind Unternehmer, welche am 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres zehn oder weniger Personen beschäftigt haben. Nicht betroffen sind natürlich auch solche Unternehmer, die keine Verbraucherverträge abschließen.

Fazit: Wer als Unternehmer Verbraucherverträge abschließt und die übrigen in §§ 36, 37 VSBG genannten Kriterien erfüllt, muss bis zum 1. Februar 2017 die erforderlichen Ergänzungen seiner Website oder AGB vornehmen.

Falls Sie Fragen zu dem Artikel oder zum Verbraucherrecht haben, können Sie uns gerne kontaktieren.

Wir helfen Ihnen schnell und kompetent.



Ihr Ansprechpartner für weitere Fragen ist:

Rechtsanwalt Thorsten Dohmen LL.M.

WAGNER Rechtsanwälte webvocat® - Small.Different.Better

WAGNER Rechtsanwälte webvocat®

Weitere interessante News finden Sie auf unserer Webseite www.webvocat.de

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an: wagner@webvocat.de

Impressum

WAGNER Rechtsanwälte webvocat® Partnerschaft, Attorneys at Law
Großherzog-Friedrich-Str. 40, D-66111 Saarbrücken,
Fon: +49 (0) 681/958282-0, Fax: +49 (0) 681/958282-10,
E-Mail: wagner@webvocat.de,
Internet: www.webvocat.de / www.geistigeseigentum.de

Mitglieder der Rechtsanwaltskammer des Saarlandes / Members of the Bar Association of the Saarland; UStd-Id/Vat-No.: DE 265452894; Partnerschaftsregister / Partnership Register: Amtsgericht Saarbrücken Nr./No. 98, Vertretungsberechtigte Partner/ authorized representatives: Manfred Wagner, Daniela Wagner-Schneider; Verantwortlich für den Inhalt: Rechtsanwältin Daniela Wagner LL.M.

Rechtliche Hinweise

© 2016 WAGNER Rechtsanwälte webvocat® Partnerschaft. Alle Rechte vorbehalten. Trotz größtmöglicher Sorgfalt bei der Erstellung der bereitgestellten Inhalte übernehmen wir keine Gewähr für deren Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität. Wir weisen daraufhin, dass die zur Verfügung gestellten Inhalte keine Rechtsberatung darstellen oder diese ersetzen. Verantwortlich für den Inhalt: Rechtsanwältin Daniela Wagner-Schneider LL.M.

Die bereitgestellten Inhalte können Verknüpfungen zu Webseiten Dritter ("externe Links") enthalten. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte auf den Webseiten Dritter und machen uns deren Inhalte nicht zu Eigen. Die Webseiten Dritter unterliegen der Haftung der jeweiligen Betreiber. Zum Zeitpunkt der Linksetzung waren keine Rechtsverstöße auf den verlinkten Webseiten ersichtlich. Im Falle von Rechtsverstößen auf den Webseiten Dritter distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten der entsprechenden Seiten. Eine ständige Kontrolle aller externen Links ist uns ohne konkrete Hinweise auf Rechtsverstöße nicht zumutbar. Bei Kenntnis von Rechtsverstößen werden wir jedoch derartige externe Links unverzüglich löschen.